

*Ernst Rudolf Huber, Nationalstaat und Verfassungsstaat. Studien zur Geschichte der modernen Staatsidee.*

W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1965, 293 Seiten. Leinen DM 26.—

Der Verfasser, durch eine mehrbändige deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789 für das Thema des vorliegenden Buches trefflich ausgewiesen, behandelt darin als Generalthema unter den verschiedensten Aspekten die Entfaltung der europäischen Nationen zu Verfassungsstaaten, insbesondere die Entwicklung in Deutschland. Dabei sollen neben den formalrechtlichen Organisationsschemata des Verfassungsstaates (Gesetzmäßigkeit, Gewaltenteilung, Grundrechtsschutz, Justiz etc.) vor allem auch die treibenden und erhaltenden Kräfte sichtbar gemacht werden, ebenso die Bedrohung dieser Staatsform von innen heraus. Letzteres wird besonders in den Ausführungen über das angebliche persönliche Regiment Kaiser Wilhelms II. sichtbar, wo Huber, wie vor ihm schon andere Autoren, zu dem Ergebnis kommt, daß die Extravaganzen des Kaisers zumeist eklatante Fehlleistungen der offiziellen deutschen Politik, etwa Bülows, waren, denen sich der Monarch oft wider besseres Ahnen beugte.

Von besonderem Interesse sind in unserem Zusammenhang Hubers Ausführungen über Bismarck und die nationalrevolutionäre Insurrektion in Österreich 1866, da an diesem auch für Böhmen relevanten Tatbestand wesentliche Züge Bismarckscher Politik sichtbar werden, Züge, die ihn vor allem den echten, altpreußischen Konservativen vom Schlage der Gebrüder Gerlach verdächtig machen mußten. Es handelt sich dabei um den Versuch des Kanzlers, Österreich durch Aufwiegelung und militärische Unterstützung der ungarischen, südslawischen und tschechischen Nationalbewegungen rasch in die Knie zwingen zu können, ehe Frankreich und Rußland intervenieren konnten. Die innerdeutsche Parallele dazu bildete die berühmte Drohung Bismarcks an den Zaren Alexander II., daß Preußen im Falle einer Pression durch das Ausland nötigenfalls die Reichsverfassung der Paulskirche von 1849 proklamieren werde. „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden“, telegraphierte der Kanzler am 11. August 1866 an den Petersburger Gesandten Edwin von Manteuffel. Als es mit Österreich nach Königgrätz zu einer raschen Einigung kam und die Gefahr eines europäischen Krieges vorüber war, stoppte Bismarck sofort all diese nationalrevolutionären Vorbereitungen, ließ die ungarische Legion Klapka in der Versenkung verschwinden und ebenso die tschechischen Emissäre. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß die maßgeblichen tschechischen Nationalpolitiker unter Führung Palackýs sich von Anfang an den Sirenentönen aus Berlin verschlossen hatten, insofern ist es sehr fraglich, ob gegebenenfalls die tschechische Karte in Bismarcks Spiel gegen Wien gestochen hätte. Die Einzelheiten dieser Aktion sind bereits vor längerer Zeit wissenschaftlich durchleuchtet worden. (H. Raupach, Bismarck und die Tschechen 1866, 1936.)

Immerhin hatte der preußische Kanzler sehr schmerzhaft auf die neural-

gischen Punkte Österreichs abgezielt, und die Folge war eine rasche Neubelebung der tschechischen Nationalpolitik nach 1866, die sich nun mehr und mehr ihrer außenpolitischen Möglichkeiten, vor allem in Hinblick auf Frankreich, bewußt wurde. Mit Recht bemerkt der Verf. zu der gesamten Aktion (S. 183): „Indem Preußen sich auf dem Höhepunkt des Kampfes um die deutsche Einheit der nationalrevolutionären Insurrektion als einer Waffe gegen Österreich zu bedienen suchte, gab es das überlieferte dynastisch-etatistische Legitimitätsprinzip als das Fundament des europäischen ordre public preis.“ (Und damit, wie man hinzufügen darf, wesentliche Grundlagen seiner eigenen Existenz.) Vielleicht hätte der Autor an diesem Punkte stärker Gelegenheit nehmen sollen, Bismarck deutlicher als bisher in die Entwicklungslinie des modernen, radikalen, plebiszitären Caesarismus einzuordnen, denn nirgends wird klarer als im Jahre 1866, daß ihm gegebenenfalls auch der Altkonservatismus preußischer Prägung wie auch der Nationalliberalismus nur eine austauschbare politische Folie waren, daß unter Umständen auch ein „linker Bismarck“ denkbar gewesen wäre. Damit verlören auch die Kontakte mit Ferdinand Lasalle ihre Isoliertheit. Vor der Variationsbreite solcher Politik — die ja im Falle von Hannover zur radikalen Vernichtung des Legitimitätsprinzips führte — erschienen dann ideologisch beschränkte, großbürgerliche Bankrottpolitiker vom Schlage Bethmann-Hollwegs — trotz G. Ritters umständlichem und wenig überzeugendem Rehabilitierungsversuch! — noch zwerghafter, timider und darum gerade noch gefährlicher in ihrer anspruchsvollen Unfähigkeit.